



Freie und Hansestadt Hamburg Bezirksversammlung Altona

Drucksachen–Nr.: **20-2981**

Kleine Anfrage öffentlich

Beratungsfolge		
	Gremium	Datum
Öffentlich	Bezirksversammlung	24.11.2016
Öffentlich	Ausschuss für Soziales, Integration, Gleichstellung und Senioren	05.12.2016

Internationaler Gedenktag Gewalt gegen Frauen Kleine Anfrage von Blanca Merz (Fraktion DIE LINKE)

Seit 1981 organisieren Menschenrechtsorganisationen wie z.B. Terre des Femmes jedes Jahr zum 25. November Veranstaltungen, bei denen die Einhaltung der Menschenrechte gegenüber Frauen und Mädchen thematisiert wird. Hintergrund für die Initiierung des Aktionstages war der Fall Mirabal. Die Schwestern Mirabal, Mitglieder der „Movimiento Revolucionario 14 de Junio“, wurden 1960, nach mehreren vorangegangenen Verhaftungen, in der Dominikanischen Republik durch Militärangehörige des damaligen Diktators Rafael Trujillo verschleppt und schließlich ermordet. 1981 wurde bei einem Treffen lateinamerikanischer und karibischer Feministinnen der 25. November zum Gedenktag der Opfer von Gewalt an Frauen ausgerufen (*Día Internacional de la No Violencia Contra la Mujer*) und 1999 offiziell durch die Vereinten Nationen (Resolution 54/134) aufgegriffen.

Zu diesem Anlass wurden am 25. November 2011 am Altonaer Rathaus Fahnen gegen die Gewalt an Frauen gehisst. Die Organisation „**Terre de Femmes e.V.**“, die sich für die Rechte von Frauen einsetzt, hatte 2001 diese **Fahnenaktion** ins Leben gerufen. Deutschlandweit werden am 25. November Fahnen mit der Aufschrift „frei leben – ohne Gewalt“ gehisst.

Vor diesem Hintergrund frage ich das Bezirksamt:

1. Gab es abgesehen von der Fahnenaktion weitere Aktivitäten seitens des Bezirksamtes?
2. Gibt es eine Erfassung von Gewaltdelikten gegen Frauen in Altona?
3. Wenn ja, wo kann man diese Statistik einsehen?
4. Gibt es in Altona Fördermaßnahmen für Gewaltprävention, z.B. aus dem Toleranz-Fonds des Bundes?
5. Gibt es in Altona spezielle Förderung von Selbstverteidigungs-Kursen für Mädchen und Frauen z.B. aus Mitteln der Sicherheitskonferenz?
6. Wenn dies bisher nicht der Fall sein sollte - wer könnte wie derartige Mittel wo beantragen?
7. Wer würde über die Vergabe entscheiden - das Amt oder die Politik?

Das Bezirksamt Altona beantwortet die Fragen wie folgt:

Zu Fragen 1-3:

Das Bezirksamt Altona meldet Fehlanzeige.

Zu Frage 4:

Aktuell befinden sich im Bezirk Altona zwei Mitarbeiterinnen der Elternschule Osdorf sowie eine Mitarbeiterin der Straßensozialarbeit in einer Qualifizierungsmaßnahme im Rahmen des Projektes „Stadtteil ohne Partnergewalt“. Die Qualifizierung wird aus den Mitteln der Sicherheitskonferenz finanziert. Das Projekt selbst startet ca. im März 2017 und wird aus Mitteln der Sicherheitskonferenz (SIKO), der Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration sowie aus SHA-Mitteln finanziert.

Das Projekt hat das Thema Beziehungsgewalt zum Gegenstand und befasst sich unter anderem ebenfalls mit dem Thema Gewalt gegen Frauen und Mädchen. Allerdings wird auch immer die Tatsache miteinbezogen, dass ebenso Jungen und Männer von Beziehungsgewalt betroffen sind, hier jedoch ein großes Dunkelfeld existiert.

Zu Frage 5:

Nein.

Zu Frage 6:

Der Antrag auf Förderung aus Mitteln der SIKO kann von jedem Träger beim Bezirksamt Altona, Geschäftsstelle Sicherheitskonferenz, gestellt werden.

Zu Frage 7:

Die Entscheidung trifft das Amt. Der Politik wird zweimal jährlich über die Vergaben berichtet.

Petition:

Die Bezirksversammlung wird um Kenntnisnahme gebeten.

Anlage/n:

ohne